

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Löhr,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Zuhörer,

am 12. November diesen Jahres wäre Lorient alias Vicco von Bülow 100 Jahre alt geworden.

Ich denke, vielleicht nicht alle aber sehr viele von uns werden ihn und seine bekanntesten Sketche kennen. Ob das der Bettenkauf mit Herrn Hallmackenreuther und dem ausgiebigen Probeliegen war oder auch das Jodeldiplom mit seiner Partnerin Evelyn Hamann bis hin zum „Wir bauen uns ein Atomkraftwerk“ aus Weihnachten bei Hoppenstedts.

Lorient war ein Humorist, der seit Mitte der 70er Jahre ziemlich erfolgreich war, in dem er auf die teils biedere und eher konservative Gesellschaft blickte und dieser mit seinen Sketchen im übertragenen Sinne einen Spiegel vorhielt.

Damit konnte er deutsche Fernsehgeschichte schreiben.

Ich stelle einmal die Frage in den Raum, ob heute ein Humorist noch erfolgreich sein bzw. werden könnte, wenn er auf unsere heutige Gesellschaft blickt?

Herr Hallmackenreuther würde heute keine Betten mehr verkaufen sondern eher Lastenfahrräder und die Kunden würden ausgiebiges Probesitzen mit ihrem laissez-faire erzogenen Nachwuchs machen, der mit 10 Jahren noch zur Sekundarschule gefahren werden muss.

Heute würde man bestimmt kein Atomkraftwerk mehr bauen, bei dem es Bumm macht und alle Kühe und Häuser umfallen, wenn man was falsch gemacht hat.

Heute würde man eher ein Windrad aufbauen, bei dem es dann Klatsch/Klatsch macht, wenn man es an falscher Stelle aufbaut und alle durch den Rotorschlag geköpften Vögel vom Himmel fallen...

Und Evelyn Hamann würde sicherlich heute kein Jodeldiplom mehr machen, damit sie als Frau was Eigenes hat, heute müsste es wahrscheinlich ein Gender-Diplom sein.

Ich bin mir aber auf alle Fälle sicher, dass es die links-ökologische Minderheit in unserer Gesellschaft mit gezielter Unterstützung der linken Medien ganz schnell schaffen würde, diesen Humoristen in die rechte Ecke zu stellen und eine Karriere zu beenden, bevor sie beginnt.

Ein kritischer Blick auf die Gesellschaft und vor allem auf die Probleme, die diese Gesellschaft hat, ist scheinbar nicht mehr gewünscht.

Stattdessen werden die Probleme in unserer Gesellschaft totgeschwiegen und verdrängt.

Damit sind sie aber nicht weg sondern der Unmut darüber grummelt lediglich im Verborgenen und stärkt die Umfragewerte der AfD.

Verehrte Zuhörer,

das Jahr 2023 neigt sich dem Ende zu und wir stehen weiterhin vor enormen wirtschaftlichen aber auch gesellschaftlichen Herausforderungen, weil mehrere Krisen zeitgleich zu bewältigen sind. Zeit sich von einer Krise zu erholen, bleibt nicht.

Unsere wesentlichen Wünsche aus dem letzten Jahr sind leider nicht erfüllt worden:

Der Krieg in der Ukraine hat sich fortgesetzt, ein Ende ist nicht in Sicht.

Dazu kommt eine schwere Auseinandersetzung im Nahen Osten, die auch gesellschaftliche Auswirkungen auf uns in Deutschland hat.

Zumindest scheinen sich aber die Auswirkungen der Corona-Krise halbwegs zu stabilisieren.

Der heute zu beschließende Haushalt ist wieder einmal ein Sparhaushalt, der kaum Luft zum Atmen lässt, sowohl für

den Kreis als auch für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bedeutet das im Umkehrschluss, dass – um noch einmal mit Lorient zu sprechen – früher nicht nur mehr Lametta sondern auch noch alles besser war?

Ich glaube nicht!

Solange ich Politik mache war doch eigentlich noch nie wirklich Geld da. Sparen war doch immer die Devise. War es überhaupt mal möglich, etwas zu gestalten? War es überhaupt mal möglich, uns mal etwas zu gönnen?

Ich kann mich ehrlich gesagt nicht daran erinnern, dass es dem Kreis und auch den Städten und Gemeinden einmal wesentlich besser gegangen wäre. Wenn mal etwas Spielraum war, hat der Kreis das Geld verantwortungsbewusst verwendet, um entweder die Kreisumlage direkt zu senken oder es aber in der Ausgleichsrücklage für schlechtere Zeiten an die Seite zu legen, um später nicht die Ausgleichsrücklage übergebühlich zu belasten.

Deshalb ärgere ich mich auch persönlich sehr über den Brandbrief, den die Kämmerer im Rahmen der Benehmensherstellung an die Verwaltung und damit auch an den Kreistag und seinen Kreistagsabgeordneten gerichtet haben.

Ich gehöre sicherlich nicht zu denjenigen, die den Landrat oder den Kämmerer verteidigen müssen, wenn sie von vorwiegend eigenen Parteigenossen angegriffen werden. Das schaffen die beiden sicherlich schon selbst.

Aber ich bin verstimmt, wenn dem Kreistag indirekt vorgeworfen wird, zu Lasten der Städte und Gemeinden Geld aus dem Fenster zu werfen.

Insbesondere die FDP-Fraktion sucht stets nach Verbesserungen im Kreishaushalt, auch wenn es wie mit dem Verzicht auf die Unterstützung für das Projekt VIRTEUM oder dem Zuschuss für das Freibad in Dellwig oder die Kreisrundfahrten nur augenscheinlich kleine Beträge sind.

Jede zusätzliche Aufgabe, die der Kreis übernimmt wird durch die FDP-Fraktion kritisch hinterfragt. Wir versuchen, den Erfolg grundsätzlich im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung messbar zu machen und arbeiten auch gerne mit Befristungen von Maßnahmen, um über eine mögliche Verlängerung nach Prüfung des Erfolges erneut zu entscheiden.

Deshalb können wir auch mit Überzeugung einen gemeinsamen Antrag mit anderen Fraktionen stellen, die Schulsozialarbeit an den Berufskollegs weiterzuführen. Dieses ist ein erfolgreiches Projekt und als Investition in die Zukunft zu sehen.

Auf Initiative der FDP haben wir vor Jahren einen externen Gutachter in die Kreisverwaltung geholt, der uns dauerhafte Einsparungen von mehreren Millionen Euro und den Städten und Gemeinden somit eine dauerhafte Entlastung der Kreisumlage gebracht hat.

Ich denke, dass ich jeden Bürgermeister und Kämmerer einladen darf, gleiches zu tun. Ich bin - ohne dass ich das mit dem Landrat oder Kreisdirektor vorher abgestimmt habe - fest davon überzeugt, dass die Kreisverwaltung auch bei einem solchen Vorhaben in den Städten und Gemeinden mit ihren Erfahrungen unterstützend zu Seite stehen wird.

Stattdessen wird in dem Brief der Kämmerer gefordert, der Kreis solle doch seine Beteiligungen überprüfen. Keine konkreten Vorschläge, nur ein allgemeingehalter Vorwurf.

Ich gebe gerne den Hinweis, dass wir als FDP-Fraktion auch offen für Veränderungen sind. Sie müssen nur auch etwas bringen. Wenn die Städte und Gemeinden z. B. die Anteile des Kreises an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft übernehmen wollen, dürfen Sie gerne Bescheid sagen.

Wir würden es dann auch übernehmen, den Antrag zu schreiben, wenn im Gegenzug die Städte dann auch den jährlichen Defizitausgleich übernehmen.

Die FDP kann sich durchaus auch vorstellen, auf den Neubau eines Kreistierheims zu verzichten, wenn die Städte und Gemeinden zukünftig die Aufgaben selbst übernehmen. Wenn sie erklären, dass die Bürger die Tiere zukünftig direkt beim Bürgermeister oder Kämmerer abgeben können, sind wir für alle Anregungen offen. Aber solange der Kreis mit der Aufgabe betraut ist, ist es für die FDP-Fraktion eine Verpflichtung, für die Heimtiere und auch für deren Betreuer eine adäquate Unterkunft zu schaffen.

Sehr verehrte Zuhörer,

ich möchte im Zusammenhang mit dem Kreishaushalt auch noch einmal zum Antrag der Linken kommen, die Kreisumlage um den Betrag von knapp 8 Millionen Euro zu senken, indem die geplanten Isolierungsbeträge aus der Corona- und Ukraine Krise nicht wie geplant 2025 mit der Ausgleichsrücklage verrechnet werden sondern über 50 Jahre verteilt finanziert werden.

Auch wenn wir sicherlich in diesem Zusammenhang nicht von einer Schuld unserer Generation sprechen können, so müssen wir aber sachlich festhalten, dass diese Kosten nunmehr in unserer Zeit entstanden sind.

Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, die Tilgung über die Ausgleichsrücklage in einer Summe vorzunehmen.

Was die Linken fordern entspricht nicht dem liberalen Verständnis der Generationengerechtigkeit. Ein Verlagern der Schulden über 50 Jahre auf die Generation unserer Kinder und Enkelkinder geht überhaupt nicht. Würde der Kreistag diesem Antrag entsprechen handelte er aus liberaler Sicht nicht nur moralisch verwerflich sondern auch völlig unsozial.

Deshalb, meine Damen und Herren, darf diesem Antrag keinesfalls entsprochen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

trotz der eben genannten Darstellung der finanziellen Probleme in den kommunalen Haushalten, komme ich jetzt mit einer gewagten These.

Ich sage Ihnen, unsere vorhandenen Finanzierungsschwierigkeiten interessieren direkt keinen normalen Bürger auf der Straße.

Die Bürger haben im Wesentlichen drei Punkte, in denen sie von der Politik Lösungen erwarten:

## 1. Punkt:

Die unkontrollierte Einwanderung nach Deutschland missfällt zwischenzeitlich immer mehr Bürgerinnen und Bürger. Man fühlt sich unwohl und unsicher mit der immer weiter ansteigenden Zuwanderung aus anderen Kulturen und Religionen.

Die Ministerpräsidenten fahren nach Berlin zum Flüchtlingsgipfel mit dem Kanzler und kommen wieder mit einer Finanzierungszusage des Bundes. Sie feiern das als Erfolg obwohl das ursprüngliche Problem in keiner Weise gelöst ist.

Wir brauchen keine andere Finanzierung der Flüchtlingskosten, wir brauchen eine Reduzierung der Anzahl von Flüchtlingen um das Vertrauen unserer Bürger für die demokratischen Parteien zurück zu gewinnen.

Allerdings werden wir hier im Kreistag die Gesamtsituation kaum verändern können.

Deshalb appelliere ich an alle demokratischen Parteien in Bund und Land:

Bitte schaffen Sie die unkontrollierte Migration nach Deutschland ab sonst schafft die unkontrollierte Migration die demokratischen Parteien ab.

## 2. Punkt

Die Bürger erkennen zunehmend, dass die Transformation im Klimaprozess nicht zum Nulltarif zu haben ist und – zusammen mit einer hohen Inflation - insgesamt einen sinkenden Wohlstand für jeden einzelnen mit sich bringt.

In den vergangenen Jahren wurde hingegen der Eindruck erweckt, dass Maßnahmen zum Klimaschutz insgesamt zu keinen direkten Einbußen bei den Bürgern führen werden. Die notwendigen Kosten würden durch die Allgemeinheit getragen und quasi als Investition in die Zukunft gesehen, die dem Bürger zu Gute kommen.

Jetzt merkt der Bürger aber, dass dem nicht so ist. Die gesamten Maßnahmen werden seitens der Bürger hinterfragt, nachdem sich die Hysterie um die Klimamaßnahmen ein Stück weit gelegt hat.

Und hier stehen wir als Politik auch in der Verantwortung. Wir müssen jede Investition dahingehend betrachten, welche unterschiedlichen Möglichkeiten es gibt, Klimaschutzmaßnahmen zu betreiben und welche Kosten hier anfallen. Es gilt hier, genau abzuwägen, was auf der einen Seite technisch machbar ist, auf der anderen Seite aber auch unter wirtschaftlichen Aspekten finanziell vertretbar ist.

Das sind wir auch den Städten und Gemeinden schuldig, die die Verwaltung und den Kreistag aufgefordert haben, im Rahmen der gegenseitigen Rücksichtnahme zu wirtschaften und zu investieren.

Deshalb hat die FDP-Fraktion zusammen mit der CDU-Fraktion den Antrag gestellt, zukünftige Investitionen nicht zwingend nach dem Null-Energie-Standard zu berechnen sondern alternativ auf nach dem guten KW55 Standard.

und

### 3. Punkt:

Den Bürgern missfällt, dass sich Gesellschaft und Politik immer häufiger vom Leistungsprinzip verabschieden. Während bei den Bundesjugendspielen die Urkunden abgeschafft werden sollen, Zeugnisse zukünftig am besten ohne Noten auskommen sollen, fragen sich Wirtschaft und Bürger zu Recht, wie wir uns in Deutschland zukünftig dem internationalen Wettbewerb stellen sollen.

Wer arbeitet, muss letztlich mehr Geld in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

Anders kann unser Werte- und Wirtschaftssystem nicht funktionieren.

Eine links-ideologische Minderheit schafft es aber immer häufiger, ihre Ansichten durchzusetzen und mit einer umfassenden Verbotspolitik und Art Moralpolizei die Gesellschaft zu verändern.

Der amerikanische Traum: Vom Tellerwäscher zum Millionär.

Der deutsche Traum: Vom Tellerwäscher zum Tellerwaschenden.

Danke in diesem Zusammenhang an die Junge Union München Nord für diesen treffenden Vergleich in ihrem Facebook-Post.

Aber dieser Vergleich zeigt, dass sich Deutschland viel zu oft im täglichen Klein-Klein verirrt als die wirklichen Probleme anzupacken und zu lösen.

Lassen Sie uns zumindest hier im Kreistag Unna versuchen, die anstehenden Probleme pragmatisch zu lösen und auch unangenehme Wahrheiten nicht auszublenden oder gar zu verschweigen. Ich denke, dann sind wir auf einem guten Weg, das Interesse und das Vertrauen unserer Bürger für unsere Arbeit zu wecken bzw. zu stärken.

Nach diesem Appell möchte ich zum Ende meiner Rede kommen, natürlich nicht ohne meinen Dank für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr auszusprechen.

Danke an die Mitarbeiter im Kreishaus und in den Kreisgesellschaften für Ihre geleistete Arbeit.

Danke an die anderen Fraktionen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und bereits schon traditionell auch danke an alle, denen noch nicht gedankt wurde, denen aber Dank gebührt.

Ich wünsche Ihnen und uns allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Nachdem ich meine Rede mit Lorient begonnen habe, möchte ich auch die Gelegenheit nutzen diese mit Lorient zu beenden.

Und zwar – letztlich auch zur Einstimmung auf unser vorweihnachtliches Zusammensein im Anschluss an unsere Sitzung - mit dem Weihnachtsgedicht von Dicki Hoppenstedt:

Zicke Zacke Hühnerkacke

Alles Gute und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.